

## Polit Talk

## Familie im Würgegriff des Staates

Am Montag beginnt die Herbstsession. Neben den Bundesratswahlen steht die Familie im Zentrum der Debatten. Gut so: Familien sollen endlich steuerlich entlastet werden. Das ist zu unterstützen. Doch ginge es nach dem Bundesrat, können nur Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen, von einem Steuerabzug profitieren. Das passt ins Bild der Bildungsbürokraten. Und ist komplett falsch! Selbsterziehende Eltern müssen gleich behandelt werden wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen. Alles andere ist eine Diskriminierung selbsterziehender Eltern. Alle Familien sollen steuerlich entlastet werden, ganz egal, wie und wo sie ihre Kinder betreuen.

In dieses Bild falscher Politik passt auch die neue «Verordnung über die ausserfamiliäre Betreuung von Kindern». Mit dem fast 30 A4-Seiten starken Regulierungswerk soll die Kinderbetreuung von A bis Z staatlich geregelt werden. Für alle, welche mehr als 20 Stunden pro Woche Kinder betreuen, soll neu eine Bewilligungspflicht gelten. Davon betroffen wären auch Menschen, die dies gratis und ehrenamtlich tun.

Das Kind in den Ferien zur Gotte schicken? Nur mit Einverständnis des Staates! Die Kinder regelmässig von der Tante oder den Nachbarn betreuen lassen? Nicht ohne Bewilligung! Zudem müsste statistisch alles – selbst eine Übernachtung bei der Oma – genau erfasst und dem Staat gemeldet werden. Damit würden wir selbst die Brüsseler Berufsbürokraten übertreffen.

Wie freuten wir uns als Kinder, wenn wir zur Tante mit Cousin und Cousine in die Ferien durften. Wie gut haben wir die Tochter aus der Nachbarschaft in Erinnerung, welche uns jeweils hütete, wenn die Eltern einmal weg mussten. Damit soll nun also Schluss sein. Der gesunde Menschenverstand scheint im Justizdepartement von Bundesrätin Widmer-Schlumpf komplett ver-

ren gegangen.

Mit solch rigiden Vorschriften würde die Kinderbetreuung massiv erschwert. Eltern können ihre Kinder nicht mehr spontan und eigenverantwortlich bei Bekannten unterbringen. Sie würden regelrecht entmündigt. Dabei werden heute weit über 50 Prozent der Kinder, die ausserhalb der Familie betreut werden, bei Verwandten und Bekannten untergebracht. In Zukunft würden wohl viele Eltern in die Illegalität getrieben oder die Kinder einfach sich selbst überlassen. Das ist gefährlich und kontraproduktiv. Es ist heute eine herausfordernde Aufgabe, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Es braucht keine neuen Hürden. Man fragt sich, wie es so weit kommen konnte? Natürlich gibt es immer Profiteure: Jene, welche die Betreuungskurse anbieten und nicht zu vergessen Hunderte von Kontrollbeauftragten, welche die Umsetzung der Verordnung überprüfen.

Eltern brauchen keine neuen staatlichen Regulierungen. Sie sind selbst in der Lage, einen Babysitter ohne Aufsicht des Staates zu wählen. Mama und Papa wollen sehr wohl das Beste für ihre Kinder. Was hier vor sich geht, erinnert unweigerlich an die DDR. Und was soll als nächstes kommen? Etwa obligatorische Kurse für alle, die Kinder kriegen? Kein Kind ohne staatliche Prüfung und Bewilligung? Die Vernehmlassung zur Kindererziehungs-Verordnung läuft noch bis Mitte September. Alle können teilnehmen (Adresse: Bundesamt für Justiz, Bundesrain 20, 3003 Bern) und dem Bundesrat klar und deutlich machen, was sie von solch irrer Regulierungswut halten: Zurück an den Absender! Je mehr es tun, desto besser. *Lukas Reimann,*

*Nationalrat SVP, Wil*

